



## Reforminitiative Berufliche Bildung Berlin 2026 (RB<sup>3</sup> 2026)\*

# Berufliche Bildung in Berlin zukunftsfähig machen!

## Berliner Agenda Berufliche Bildung 2026

März 2021

### 1. Entwicklungen und Herausforderungen

Wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen hat die Corona-Pandemie auch im System der beruflichen Bildung neue Probleme geschaffen und dafür gesorgt, dass bestehende Probleme und Veränderungsbedarfe noch deutlicher zutage getreten sind als zuvor. Die Pandemie hat aber auch an vielen Herausforderungen, die schon vor der Pandemie bestanden, kaum etwas verändert; sie warten weiterhin auf Lösungen. Das System der beruflichen Bildung steht damit unter hohem **Veränderungsdruck** – nicht erst seit Corona, aber seit Corona zum Teil in verstärktem Maße. Der Veränderungsdruck besteht deutschlandweit, und in Berlin in besonderem Maße. Er richtet sich nicht nur auf den traditionellen Kern beruflicher Bildung, die duale Berufsausbildung, sondern auf das **Gesamtsystem beruflicher Bildung, zu der neben der dualen und vollzeitschulischen Ausbildung (einschließlich der Ausbildung in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen) selbstverständlich auch die Hochschulbildung und die berufliche Weiterbildung gehören**. Diese Zweige beruflicher Bildung sind auf vielfältige Weise voneinander abhängig; sie dürfen in ihren Entwicklungen nicht isoliert voneinander betrachtet und verändert werden. Verantwortlich für den Veränderungsdruck sind vor allem folgende **Trends**.

Die **duale Berufsausbildung** – traditioneller Kern beruflicher Bildung – befindet sich seit Jahren in einem Prozess der Erosion – einer **Erosion von oben, von unten und aus ihrem Inneren heraus**.

- Ausdruck der **Erosion von oben** ist die **Verschiebung der Gewichte zwischen dualer Berufsausbildung und Hochschulbildung**, die seit rund zehn Jahren anhält. Seit 2013 übertrifft die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger die Zahl der Neuzugänge in der dualen Berufsausbildung. Zusammen mit dem demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen hat die Verschiebung dafür gesorgt, dass die Bewerberzahlen für duale Berufsausbildungen stark rückläufig sind. Mit dem Begriff des „Akademisierungswahns“ (Nida-Rümelin) wird diese Entwicklung zwar populär (um nicht zu sagen: populistisch) benannt, in ihren Ursachen aber nicht erklärt. Maßgebend für die Gewichtsverschiebung „nach oben“ sind vor allem drei **Faktoren**:
  - Der **Wandel des Abiturs zum dominierenden Schulabschluss**: Als Folge der Bildungsexpansion erlangen heute mehr als die Hälfte aller Jugendlichen

---

\* Mitglieder der Reforminitiative sind: Dr. Gisela Dybowski (ehem. Abteilungsleiterin, Bundesinstitut für Berufsbildung); Dietrich Kruse (Leiter, Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik); Petra Madyda (Direktorin, Stiftung Lette Verein); Prof. Dr. Bernd Reissert (ehem. Präsident, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin); Uwe Schulz-Hofen (ehem. Abteilungsleiter Arbeit und berufliche Bildung, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Siegfried Vogelsang (Präsident, GFBM Akademie); Prof. Dr. André Wolter (Humboldt Universität zu Berlin); Gerd Woweries (Geschäftsführer, ABB-Ausbildungszentrum Berlin)

einen Schulabschluss, der zum Studium berechtigt – und (früher oder später) meist auch für den Eintritt in ein Studium genutzt wird. Den Hintergrund dafür bilden ein gestiegenes Bewusstsein bei Eltern und Jugendlichen für Bildungsabschlüsse als Medien zur Vermittlung von Lebenschancen (welches zu veränderten Bildungsentscheidungen führt), positive Entwicklungen auf akademischen Arbeitsmärkten und die Tradition des deutschen Gymnasiums als Vorbereitungsinstanz eines Hochschulstudiums.

- **Veränderte Anforderungen des Arbeitsmarkts:** In immer mehr beruflichen Tätigkeiten müssen Arbeitskräfte in der Lage sein, sich ständig neues Wissen anzueignen, komplexe Probleme zu erfassen, zu strukturieren und zu lösen sowie zeitgleich unterschiedlichen Anforderungen nachzukommen und dabei Prioritäten zu setzen. Diese Fähigkeiten verlangen eine stärkere Integration von Fachkompetenzen (Wissen und Fertigkeiten) einerseits und personalen Kompetenzen (Selbstkompetenz und Sozialkompetenz) andererseits. Sie erfordern eine zunehmende Verschränkung allgemeiner und beruflicher Bildung, die bislang eher einem Hochschulstudium als der dualen Berufsausbildung zugeschrieben wird. Die veränderten Anforderungen machen die traditionellen Funktionszuschreibungen für die duale Berufsausbildung und die Hochschulbildung – Qualifizierung für Handarbeit bzw. Kopfarbeit – (die zwar in den meisten Berufen längst nicht mehr der Realität entsprechen, aber noch pauschal im allgemeinen Bewusstsein verankert sind) vollends obsolet. Sie machen das Profil der dualen Berufsausbildung diffus. Die (mit der Corona-Krise forcierten) Prozesse der Digitalisierung und Roboterisierung verstärken diese Trends weiter, da Aufgaben des Konzipierens, Organisierens, Steuerns, Verknüpfens und Überwachens von Prozessen immer mehr das menschliche Ausführen von Prozessen ersetzen.
- **Der Funktionswandel von Hochschulen:** Der Bologna-Prozess im Hochschulsystem hat berücksichtigt, dass auch ein Hochschulstudium berufliche Bildung ist und dass Hochschul-Studiengänge nicht nur wissenschaftliche Anforderungen erfüllen, sondern auch „berufsqualifizierend“ sein müssen. Mit der Umsetzung dieses Anspruchs und der verstärkten Einführung von „hybriden“ Formen der beruflichen Bildung (besonders des Dualen Studiums) haben die Hochschulen (insbesondere die Fachhochschulen) erfolgreiche Alternativen beruflicher Bildung etabliert.
- Ausdruck der **Erosion von unten**, die die duale Berufsausbildung erlebt, ist die Tatsache, dass immer noch – besonders in Berlin – **ein großer Anteil der Schulabgänger** weder in eine Berufsausbildung noch in ein Hochschulstudium einmündet, sondern **im sogenannten Übergangssektor** mit einer Vielzahl inkohärenter Einzelmaßnahmen „versorgt“ wird und von dort auch nur in geringem Maße den späteren Übergang in eine Ausbildung schafft. Das duale Ausbildungssystem hat damit die sozialintegrative Funktion, die ihm traditionell zukam, weitgehend verloren. Verantwortlich dafür sind in Berlin auf der Angebotsseite unzureichende Kompetenzen (die sich vor allem in der weit überdurchschnittlichen Quote der **Schulabbrecher** ausdrücken; 2018: 13%), auf der Nachfrageseite der **Ausbildungsplatzmangel**, der durch pandemiebedingte wirtschaftliche Probleme von Ausbildungsbetrieben weiter verschärft wird: Trotz eines massiven Beschäftigungszuwachses **sinkt in Berlin die Zahl der Auszubildenden; Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote**

**gehören hier zu den niedrigsten in Deutschland.** Trotz der demografischen Entwicklung gibt es nach wie vor **mehr Ausbildungsplatzbewerber als offene Ausbildungsstellen.** Eine wesentliche Ursache ist die Berliner Wirtschaftsstruktur mit ihren überdurchschnittlich vielen kleinen und neugegründeten Betrieben. Außerdem gibt es immer noch etablierte Betriebe, die auf demografische Veränderungen nur unzureichend reagieren, sowie Betriebe, die Ausbildung eher als unmittelbare Erwirtschaftung von Erträgen und weniger als Investition betrachten. In der wachsenden Stadt, in der für das Jahr 2025 bis zu 5.000 Schulabgänger mehr erwartet werden als heute, droht eine weitere Verschärfung des Ausbildungsplatzmangels, die auch soziale Differenzierungen weiter verstärkt.

- Ausdruck der **Erosion der dualen Berufsausbildung aus ihrem Inneren heraus** sind **Qualitäts-, Ausstattungs- und Attraktivitätsprobleme:** Die für die schulische Seite der dualen Ausbildung verantwortlichen **Oberstufenzentren (OSZ) leiden unter einem diffusen Profil und geringer Attraktivität. Eine systematische Lernortkooperation mit den Betrieben findet kaum statt, für die Kammerprüfungen haben die schulischen Leistungen nur geringe direkte Relevanz.** Das kaum überschaubare Angebot an schulischen Bildungsgängen der OSZ außerhalb der dualen Berufsausbildung („Angebotsbildungsgängen“) verwischt das Profil der Zentren; es führt dazu, dass die Rolle der OSZ innerhalb der dualen Berufsausbildung als nachrangig wahrgenommen wird und außerhalb der dualen Ausbildung im Vergleich zu den Gymnasien als wesentlich weniger attraktiv angesehen wird. Konzepte für digitalisierte und online-Ausbildungen werden, soweit sie überhaupt existieren, kaum wahrgenommen.

Weitgehend unabhängig von den beschriebenen Erosionsprozessen besteht großer **Veränderungsdruck im Hinblick auf die Anschlussfähigkeit und Verzahnung von beruflicher Erstausbildung und beruflicher Weiterbildung sowie die Intensivierung, institutionelle Verankerung und qualitative Stärkung beruflicher Weiterbildung.** Demografische und technologische Entwicklungen (die durch den teilweise verschärften Strukturwandel im Zuge der Corona-Krise verstärkt werden) erfordern lebensbegleitendes Lernen – nicht nur zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit, sondern auch zur Erweiterung beruflicher und persönlicher Entwicklungschancen. Im Kontrast zu den Anforderungen an lebensbegleitendes Lernen stehen strukturelle und qualitative Hindernisse:

- Berufliche Weiterbildung ist noch immer in erheblichem Maße durch **unklare und überkomplexe institutionelle Strukturen und Wege** gekennzeichnet. Klar strukturiert und anschlussfähig an berufliche Erstausbildungen sind fast nur Aufstiegsfortbildungen im erlernten Ausbildungsberuf, nicht jedoch Anpassungsqualifizierungen oder Wege zu einer zweiten oder dritten Chance des beruflichen Um- und Weiterlernens. Öffentliche Förderungen beruflicher Weiterbildung sind jeweils auf spezifische Zielgruppen und Situationen zugeschnitten; sie sind damit wenig transparent und tragen den vielfach vorhandenen Statusveränderungen und Übergängen am Arbeitsmarkt kaum Rechnung.
- Berufliche Weiterbildung, soweit sie nicht innerbetrieblich in größeren Unternehmen erfolgt, wird in erheblichem Maße **von Lehrpersonal erbracht, das prekär beschäftigt ist.** Auch werden die **Potentiale von Hochschulen für berufliche Weiterqualifizierung noch kaum genutzt.** Beides steht im Widerspruch zu den steigenden qualitativen Anforderungen an lebensbegleitendes Lernen.

Trotz des skizzierten Veränderungsdrucks ist eine intensive Debatte über künftige Ausrichtungen des Gesamtsystems der beruflichen Bildung in Deutschland – und vor allem in Berlin – bislang kaum erkennbar. Es gibt zwar eine Vielzahl von Reformdiskussionen und -vorschlägen zu Einzelaspekten beruflicher Bildung, jedoch – vor allem in Berlin – kaum eine ganzheitliche, die verschiedenen Einzelaspekte vernetzende Debatte. **Mit den nachfolgenden Vorschlägen möchten die Berliner Wirtschaftsgespräche e.V. deshalb in der Stadt einen Diskussionsprozess anstoßen, der Ausrichtung und Gestaltung der Gesamtheit beruflicher Bildung in Berlin zum Gegenstand hat.** Der Fokus auf das Land Berlin ist dabei sinnvoll, weil dadurch auf den spezifischen regionalen Kontext sowie landesspezifische Gestaltungsoptionen eingegangen werden kann und die Hochschulpolitik ohnehin Ländersache ist.

## 2. Handlungsfelder

Um die skizzierten Entwicklungen und Herausforderungen aufzufangen, besteht aus unserer Sicht auf folgenden Feldern Handlungsbedarf:

- Angesichts der Tatsache, dass heute die Mehrzahl der Schüler/-innen ein Gymnasium besucht, ist neben dem Ausbau der Berufsorientierung in der Sekundarstufe I vor allem eine stärkere Berufsorientierung in den Gymnasien erforderlich, die neben einer verbesserten Studienberatung auch klare, strukturierte Wege vom Gymnasium in eine Berufsausbildung aufzeigt. Schüler/-innen auf die Entscheidung für eine Berufsausbildung und/oder ein Studium systematischer und intensiver vorzubereiten und ihnen vielfältige Einblicke in das zukünftige Berufsleben zu bieten, kann nicht nur den hohen Abbrecher/-innenquoten in Ausbildung und Studium, sondern auch der Erosion der dualen Ausbildung nach oben sowie dem bestehenden Fachkräftebedarf in vielen Berufen entgegenwirken.
- Die **Attraktivität der dualen Berufsausbildung** muss **rasch und drastisch erhöht** werden, um der (mit der Corona-Krise noch verstärkten) Erosion dieses Kerns beruflicher Bildung entgegenzuwirken. Voraussetzungen für eine höhere Attraktivität sind eine betriebliche Ausbildung, welche die vorgegebenen Qualitätsstandards betriebsunabhängig einhält, sowie eine auf die Ausbildung bezogene klare Rollenverteilung der Lernorte Berufsschule und Betrieb (einschließlich der von Betrieben beauftragten Dienstleistern wie überbetrieblichen und Verbundausbildungsstätten). Die Berufsschulen benötigen für die Umsetzung des handlungsorientierten Unterrichts, welcher sich an betrieblichen Arbeits- und Geschäftsprozessen orientieren soll, neben geeigneten Organisationsstrukturen eine angemessene technische Ausstattung sowie entsprechend ausgebildetes und laufend weitergebildetes Lehrpersonal. Die duale Berufsausbildung muss dem in der Corona-Krise unübersehbar gewordenen Druck zur Digitalisierung im Bildungssystem entsprechen und ihn für sich nutzen.
- Damit die rasant gewachsene (und kaum umkehrbare) Akademisierung nicht zu Lasten berufsbezogener Qualifizierung geht, muss die **berufsqualifizierende Rolle der Hochschulbildung weiter und nachhaltig gestärkt** werden. Geeignete Maßnahmen dafür sind die Stärkung des Praxisbezuges in universitären Studiengängen, die Verlagerung von Studiengängen von Universitäten an Fachhochschulen, verbindliche Mindeststandards für Praxisphasen sowie der Ausbau eines qualifizierten Dualen Studiums.

- Um die Attraktivität dualer Ausbildung zu stärken, müssen die **Durchlässigkeit und die Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen Berufsausbildung und Hochschulbildung** weiter **ausgebaut** werden.
- Um der Erosion der dualen Ausbildung nach unten und der Rolle des Übergangssektors als „Versorgungsinstanz“ für Jugendliche zu begegnen, müssen alle Wege des Übergangssektors kohärent auf eine Berufsausbildung ausgerichtet und **der Übergangssektor in das Regelsystem der Berufsbildung eingebunden** werden.
- Für die Stärkung beruflicher Weiterbildung sowie eine verbesserte Anschlussfähigkeit und Verzahnung von beruflicher Erstausbildung und Weiterbildung ist es erforderlich, **den institutionellen Rahmen für berufliche Weiterbildung klarer zu strukturieren und zu verbessern**. Feste und transparente Strukturen für die Weiterbildungsberatung (einschließlich der Beratung von Führungskräften und betrieblichen Interessenvertretungen), Vereinfachung und mehr Transparenz für die Förderung beruflicher Weiterbildung (auch durch stärkere Modularisierung abschlussbezogener Qualifizierungen), bessere Rahmenbedingungen für die Weiterbildung an Hochschulen und bessere Arbeitsbedingungen bei Trägern beruflicher Weiterbildung gehören zu den notwendigen Schritten.

### 3. Operationale Ziele für 2026

Der Handlungsbedarf in den genannten Feldern ist groß und dringend. Zu seiner Bewältigung regen wir folgende **operationale Ziele für Veränderungen** an, **die bis zum Jahr 2026 – dem Ende der nächsten Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses – erreicht sein sollten**:

#### 3.1 Berufsorientierung an Schulen ist nach Corona massiv ausgebaut, professionalisiert, akzeptiert und erfolgreich. Berufsbezogene Wege zur Hochschulreife sind ausgebaut. Bildungsgänge der Sekundarstufe II sind keine Einbahnstraße zur Hochschule, sondern konstituieren offene Wege, die sowohl in ein Studium als auch in eine Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit einmünden können.

- In allen Schulen, speziell in den zur Hochschulreife führenden Schulen ist ab der Sekundarstufe I die Berufsorientierung in Zusammenarbeit mit allen maßgeblichen Akteuren (u.a. Arbeitsagenturen, Kammern, Sozialpartnern) systematisch ausgebaut und professionalisiert und sowohl in den Schulprogrammen als auch im Lehrplan institutionell fest verankert. Die schulischen Curricula und Stundenpläne sind darauf angepasst und informieren angehende Abiturienten/innen neben Studienmöglichkeiten gleichgewichtig über zielgruppenadäquate Angebote der beruflichen Bildung und dadurch eröffnete Weiterbildungs- und berufliche Aufstiegs- und Entwicklungswege.
- Eine hohe konzeptionelle, inhaltliche und didaktische Kompetenz der entsprechenden Lehrkräfte in Verbindung mit der Praxis sichert professionell die Angebote der Berufsorientierung in Schulen. Der Erwerb der entsprechenden Kompetenz ist Teil der Aus- oder Weiterbildung der Lehrkräfte.

- Erweiterte Praxisphasen in der Berufsorientierung, ihre systematische Vor- und Nachbereitung in den Schulen, die Verknüpfung von Praxiserfahrung und digitaler Information sowie eine intensive Einbeziehung der Eltern in die Berufsorientierung sind konstitutive Elemente, die das Profil der Berufsorientierung prägen.
- Zu den Qualitätsmerkmalen von Schulunterricht gehört es, dass guter Unterricht in allen Fächern berufliche Bezüge integriert und aufzeigt.
- Bei den zur Hochschulreife führenden Schulen in der Sekundarstufe II sind vor allem die berufsbezogenen Wege (Fachoberschulen, Berufsoberschulen) gestärkt und führen einen höheren Anteil an Studienberechtigten zur Hochschulreife. An den Berufs-/Fachgymnasien und Fachoberschulen, die bisher in der Regel nicht zu einem Berufsabschluss führen, sind in einigen ausgewählten Berufsfeldern (jedoch nicht flächendeckend) doppelqualifizierende Bildungsgänge entwickelt und eingeführt worden, die neben der Studienbefähigung auch einen Berufsabschluss vermitteln.
- Berlin legt dem Vorbild anderer Länder folgend ein Programm „Offene Hochschule“ auf, um das Studium beruflich Qualifizierter in grundständigen und weiterbildenden Studiengängen zu fördern. Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote der Hochschulen oder anderer Stellen für den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter sind in allen Hochschultypen ausgebaut. Verfahren zur Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge sind ebenso wie berufsbegleitende Studiengänge im grundständigen und weiterbildenden Bereich weithin etabliert.

### **3.2 Die duale und die schulische Berufsausbildung sind attraktiv und leisten einen hohen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Berlin. Die in der Agenda 2026 vorgeschlagenen Reformen haben zu einem auswahlfähigen, qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatzangebot in Berlin geführt. Die Betriebe investieren verstärkt in die Berufsausbildung, um Fachkräfte zu gewinnen.**

Die Angebote in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen sowie die berufsfachschulischen Angebote ergänzen und erweitern die Berufsbilder der dualen Berufsausbildung. Absolventen von Bildungsgängen der Berufsfachschulen sind attraktiv für Betriebe und haben hohe Übergangsquoten in eine ausbildungsadäquate betriebliche Beschäftigung.

Eine Vielzahl von neuen und innovativen Lernortkombinationen steigert die betriebliche Beteiligung an der Berufsausbildung und macht Ausbildung auch für Betriebe attraktiv, die bisher nicht ausgebildet haben. Betriebe investieren verstärkt in ihren Fachkräftenachwuchs und bieten Ausbildungsplatzbewerber/innen ein auswahlfähiges Angebot. Zur Gewinnung von Jugendlichen kümmern sie sich gegebenenfalls auch um günstigen Wohnraum für Auszubildende. Betriebe, die für eine Ausbildung neu gewonnen werden können, nutzen die bestehenden Förderungsmöglichkeiten.

Das duale System erfährt in Berlin eine hohe soziale, ökonomische und politische Wertschätzung und begegnet erfolgreich den Herausforderungen konkurrierender Bildungsangebote. Die Nachfrage der Betriebe nach Ausbildungsplatzbewerber/Innen wird in allen modernen, zukunftsorientierten Berufen erfüllt. Die Ausbildungsbetriebe bieten Jugendlichen eine Willkommenskultur und öffnen sich auch für Jugendliche,

die von ihnen noch nicht als hinreichend ausbildungsfähig angesehen werden. Sie werden professionell bei der Bewältigung der Mismatch-Probleme unterstützt. Alle Initiativen des Senats, der Bundesagentur für Arbeit und der Wirtschafts- und Sozialpartner werden aufeinander abgestimmt und auf eine optimale Unterstützung der Auszubildenden ausgerichtet.

Alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der dualen Berufsausbildung werden von den Kammern und den Berufsbildungsausschüssen offensiv genutzt. Für öffentlich dokumentierte Mängel der Ausbildungsqualität in Berlin erarbeiten die Berufsbildungsausschüsse Verbesserungsvorschläge. Die für Berufsbildung zuständige Senatsverwaltung moderiert diesen Prozess.

Fehlende betriebliche Ausbildungskapazitäten werden subsidiär und in Mangelberufen durch überbetrieblich und staatlich finanzierte Ausbildungsplätze mit außerbetrieblichen Anteilen so ergänzt, dass Substitutionseffekte ausgeschlossen werden. Sie stehen Ausbildungsplatzbewerbern/innen offen, die keine reguläre betriebliche Berufsausbildung beginnen konnten.

Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen wird in den betrieblichen Ausbildungsplänen sowie den schulischen Stoffverteilungsplänen innovativ berücksichtigt und bewirkt einen Qualitäts- und Attraktivitätssprung der dualen Ausbildung. Die Erkenntnisse aus dem Berliner Modellprojekt „Zusatzqualifikationen für digitale Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung“ werden dafür genutzt. Bausteine für digitale Kompetenzen wie „Grundlagen der Digitalisierung“, „Lernen und Arbeiten in der digitalen Welt“, „IKT-Kompetenz“, „Umgang mit Daten, Systemen und Prozessen“ sind in die duale Berufsausbildung integriert. Die notwendige digitale Infrastruktur ist in den Oberstufenzentren vorhanden.

Die Prüfungsausschüsse greifen in den Abschlussprüfungen Problem- und Aufgabenstellungen aus einem digitalisierten Arbeitsprozess auf.

### **3.3 Hochschulen bieten in höherem Maße praxisnahe Studiengänge an.**

- Das *duale Studium* ist u.a. durch eine verbesserte Lernortkooperation und ein erweitertes Angebot an dualen Studiengängen und Studien- bzw. Praxisplätzen weiterentwickelt und als Marke mit klaren Qualitätsstandards etabliert. Die Empfehlungen der Landeskommission Duales Studium vom Februar 2020 sind damit umgesetzt. Das Angebot an dualen Studiengängen konnte durch Einbeziehung weiterer Fächer und Studiengänge und durch Verlagerung von bislang nicht hochschulisch organisierten Ausbildungsgängen in den (Fach-) Hochschulbereich weiter ausgebaut werden. Auch die Universitäten bieten vermehrt duale Studiengänge in den stärker berufsnahen und praxisbezogenen Studiengängen an. Die Gewinnung von Betrieben als Partner im dualen Studium wird durch eine Informationskampagne des Landes unterstützt.
- Neben dualen Studiengängen werden auch andere „hybride“ Studienformate wie ein berufsbegleitendes Studium oder ein weiterbildendes Studium ausgebaut. Insbesondere im Bereich der praxisorientierten wissenschaftlichen Weiterbildung haben die Hochschulen in Berlin ihre Entwicklungspotenziale realisiert. Es werden deutlich mehr berufsfeldorientierte Masterstudiengänge angeboten.

- Für traditionell zweiphasige Ausbildungsmodelle wird eine Überführung in ein einphasiges, duales Ausbildungsmodell geprüft, um das traditionelle Theorie-Praxis-Problem in diesen Studiengängen zu lösen. In professionsorientierten Studiengängen werden Praxisphasen vor dem Studium zur Klärung von Motivation und Eignung eingeführt.
- Die Studienplatzkapazitäten der traditionell praxisnäheren Fachhochschulen sind weiter ausgebaut, insbesondere in Feldern/Fächern mit einer hohen Studiennachfrage und in solchen Bereichen, in denen bislang außerhochschulische Ausbildungsangebote zunehmend in hochschulische überführt werden.
- Soweit nicht schon geschehen, enthalten alle Studiengänge ein obligatorisches, kreditiertes Praxismodul, das im Studium vor- und nachbereitet und durch Lehrende betreut wird.

### **3.4 Angebote des Übergangsbereichs Schule/Ausbildung (Arbeit) sind in das Regelsystem der Berufsausbildung integriert.**

Durch umfassende Verbesserung der Unterrichtsqualität ist der Anteil Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, signifikant verringert worden. Die Absolventen verfügen mit ihren Schulabschlüssen, in Einzelfällen mittels einer maximal einjährigen Berufsvorbereitung über die Kompetenzen für einen Ausbildungsstart.

Allen erfolgreichen Absolvent/innen der allgemein bildenden Schule wird die Aufnahme einer Berufsausbildung garantiert – entweder in einer regulären dualen Berufsausbildung, subsidiär dazu in einer geförderten Berufsausbildung im dualen System oder in einer vollzeitschulischen, einer öffentlich-rechtlichen Ausbildung in Gesundheits- und Sozialberufen und an Hochschulen.

Es gibt keine Berufsvorbereitungsmaßnahmen anstelle einer Berufsausbildung. Die Berufsvorbereitung hat das Ziel, die in konkreten Einzelfällen für eine Berufsbildungsreife noch fehlenden Kompetenzen zu ergänzen. Sie dauert insgesamt höchstens ein Jahr.

Misslingt auch danach die Aufnahme einer (subsidiären) Berufsausbildung, greift ein institutionalisiertes System einer Berufsausbildung in Bausteinen. Unmittelbar nach der einjährigen Berufsvorbereitung münden die Jugendlichen

- in eine Beschäftigung mit einer in die Beschäftigung integrierte Qualifizierung oder
- in eine Qualifizierungsmaßnahme.

In beiden Varianten erfolgt die Qualifizierung dabei nach dem Konstrukt der vom BIBB und der BA entwickelten bundeseinheitlichen Ausbildungsbausteine - als Teile anerkannter Ausbildungsberufe. Erfolgreich absolvierte Ausbildungsbausteine werden zertifiziert und in der Regel dem Qualifikationsniveau 2 des Deutschen Qualifikationsrahmens zugeordnet. Mit dem Zertifikat wird zugleich ein Rechtsanspruch auf Weiterqualifizierung in einem daran anschließenden Ausbildungsbaustein erworben.

Wird dabei kein Berufsabschluss erreicht, kann berufsbegleitend oder in Phasen der Arbeitslosigkeit entlang der Ausbildungsbausteine eine Berufsausbildung nach und nach vervollständigt und mit einer Externenprüfung abgeschlossen werden.

Der bisherige inkohärente und unübersichtliche Übergangsbereich ohne klare Qualifizierungsziele und ohne Einbindung in das Regelsystem einer Berufsausbildung wird weitgehend aufgegeben. Der Übergangsbereich wird vorrangig durch subsidiäre Ausbildungsangebote und nachrangig durch eine Berufsausbildung in aufeinander aufbauenden Ausbildungsbausteinen ersetzt.

Damit gelingt es mehr Jugendlichen als bisher, eine Berufsausbildung abzuschließen. Zugleich wird das in Berlin besonders hohe Durchschnittsalter bei Beginn einer Berufsausbildung dadurch deutlich verringert. Mit diesem Systemwechsel wird ein Beitrag zur Verringerung des Fachkräftemangels in Berlin geleistet.

Die Steuerung der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildung in aufeinander aufbauenden Ausbildungsbausteinen übernimmt die Berliner Jugendberufsagentur mit ihren 12 Standorten. Die Agentur unterliegt einer kohärenten landesweiten Steuerung, die auf das Ziel einer abgeschlossenen Berufsausbildung ausgerichtet ist.

### **3.5 Die Oberstufenzentren sind anerkannte Zentren für berufliche Aus- und Fortbildung (und alternativer Anbieter für Bildungsgänge zur Erlangung der Hochschulreife).**

Im Jahr 2026 haben die Oberstufenzentren ihre Attraktivität und ihr Profil vor allem durch Maßnahmen in vier Bereichen verbessert:

- *Durch Einführung von Mindeststandards, die darauf abzielen, die Lernortkooperation zwischen den Betrieben und den OSZ als Berufsschule zu intensivieren:*
  - Betriebliche und schulische Ausbildung werden gut miteinander verzahnt. Im Fachunterricht der Berufsschule sind konkrete, aktuelle betriebliche Geschäftsprozesse wichtige didaktische Anknüpfungspunkte. Die OSZ informieren die Ausbildungsbetriebe darüber und veröffentlichen ihre Lehrpläne (Wochenpläne). Die Betriebe haben damit die Möglichkeit, die in der Berufsschule vermittelten Kenntnisse in betrieblichen Geschäftsprozessen aufzugreifen.
  - Die OSZ halten regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Ausbildungsbetriebe ab und fördern damit die Abstimmung zwischen beiden Lernorten.
  - Die OSZ liefern den Ausbildungsbetrieben im Rahmen verbindlicher Verfahren regelmäßig Informationen über Lernstand, Fehlzeiten und mögliche Probleme ihrer Auszubildenden und erhöhen damit die Verbindlichkeit der Kooperation.
- *Durch Einbeziehung berufsschulischer Leistungen in die Kammerprüfungen.* Damit werden Anreize für berufsschulische Leistungen gesetzt, Prüfungsaufwände (und mit ihnen Unterrichtsausfall) reduziert und die Rolle der Berufsschule innerhalb der dualen Berufsausbildung gestärkt.
- *Durch Steigerung der Unterrichtsqualität und -flexibilität.* Das Pflichtstundenmodell ist abgeschafft und durch ein Arbeitszeitmodell mit verbindlichen Unterrichts- und Präsenzzeiten (auch während der Schulferien) ersetzt. Dadurch werden die

Rahmenbedingungen der Unterrichtsentwicklung als Folge einer verlässlicheren Kommunikation und Kooperation innerhalb der Schule und gegenüber den Betrieben verbessert.

- *Durch Neustrukturierung der OSZ-Bildungsgänge außerhalb der dualen Ausbildung (Stufenmodell)*

Um das Profil der Oberstufenzentren zu schärfen und innerhalb der OSZ eine Konkurrenz zwischen der Berufsschule und schulischen Bildungsgängen außerhalb der dualen Berufsausbildung zu vermeiden, sind die außerhalb der dualen Berufsausbildung angebotenen Bildungsgänge der OSZ bis 2026 in Form eines Stufenmodells neu strukturiert worden. Zugang zu diesen Bildungsgängen erhalten nur noch Schüler/innen, die nach dem 10. Schuljahr weder über einen Ausbildungsvertrag oder eine Zusage für eine subsidiäre, geförderte Berufsausbildung noch über eine Empfehlung zum Besuch eines Gymnasiums (Gymnasialempfehlung) verfügen. Alle diese Schüler/innen absolvieren innerhalb der OSZ gemeinsam eine einjährige Perspektivklasse als Einstieg in die nachfolgenden Bildungsgänge; ihre Unterrichtsinhalte umfassen sowohl Allgemeinbildung als auch (auf die Berufsorientierung abgestimmte) Fachbildung und Fachpraxis. Im Anschluss an die Perspektivklasse gehen sie in die duale Berufsausbildung, die Berufsfachschule, die Fachoberschule oder die Berufsoberschule über. In studienbefähigende Bildungsgänge (Berufsfachschule, Fachoberschule, Berufsoberschule) gehen nur noch Schüler/innen über, die von ihrer Motivation und ihren Leistungen her Aussicht auf einen entsprechenden Abschluss haben. Mit diesem Modell sind nunmehr klar strukturierte Wege für schulische Bildung in den OSZ außerhalb der dualen Ausbildung geschaffen und Konkurrenzen zwischen dualer Ausbildung und Angebotsbildungsgängen vermieden worden.

### **3.6 Gut qualifizierte Lehrkräfte fördern die Attraktivität und Qualität der beruflichen Bildung.**

Für die verbesserte Qualifizierung der Lehrkräfte in der beruflichen Bildung hat Berlin bis 2026 folgende Schritte getan:

- Die persönliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber für den Lehrerberuf wird vor Aufnahme des Studiums zum Bachelor of Education und vor einem Studiengangswechsel (Quereinstiegsmaster) in einem Beratungsgespräch mit erfahrenen Lehrkräften und Schulleitungen festgestellt. (Online-)self-assessment-Instrumente ergänzen die Beratung.
- Vor Aufnahme eines Lehramtsstudiums wird von den Bewerberinnen und Bewerbern ein verpflichtendes Praktikum im Kinder- und Jugend- bzw. Schulbereich erfolgreich absolviert.
- Während des gesamten Studiums (Bachelor- und Masterphase) findet eine ständige Verzahnung von Theorie und Praxis in einem dualen Studium (Hochschule und Schule) statt. Praxisphasen unter speziellen Aufgabenstellungen ermöglichen die Reflexion von wissenschaftlichen Studieninhalten im praktischen Berufsfeld und bieten Gelegenheit zu diagnostischen Übungen.

- Im Studium erwerben alle angehenden Lehrkräfte umfangreiche Kompetenzen zur Digitalisierung des Unterrichts und des gesamten Schulbetriebs; sie werden durch Weiterbildungsangebote ausgebaut.
- Die Hochschule stellt die fachliche Betreuung während der Praxisphasen sicher. Ein Mentorensystem von erfahrenen Lehrkräften mit ausreichenden Zeitressourcen ist etabliert.
- Im Masterstudiengang sind die Studierenden einer Schule zugeordnet. Fachseminare, die an die Hochschulen angebunden sind, vermitteln die fachdidaktischen Kenntnisse stark an der Praxis orientiert. Themen der allgemeinen Didaktik werden fachbezogen vermittelt.
- Die Inhalte der Fachseminare sind standardisiert. Sie werden evaluiert. Fachseminarleitungen sind auf Zeit benannt und mit einer höheren Vergütung verbunden.
- Erfahrene Meister, Techniker, Absolventen von Fachschulen werden in Fachseminaren zu Lehrkräften für Fachpraxis ausgebildet.
- Die Vorgaben des Schulgesetzes zur Durchführung und Kontrolle der Lehrkräftefortbildung (§ 67 Abs. 7, § 69 Abs. 5) sind durch entsprechende Ausführungsvorschriften konkretisiert. Die Umsetzung erfolgt innerhalb der Schulen auf konzeptioneller Grundlage.

### **3.7 Klarere Strukturen und bessere Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung sind erreicht worden.**

Dazu haben folgende Maßnahmen beigetragen:

- Eine durch ein zentrales Webportal allgemein zugängliche umfassende Beratungsstruktur für alle Arten beruflicher Weiterbildung ist eingerichtet. Sie informiert gleichermaßen über Angebote der Anpassungs- und Aufstiegsfortbildung, der Ergänzungs- und Nachqualifizierung sowie der Umschulung. Die Beratung erfolgt nach einheitlichen Maßstäben und Qualitätskriterien. Das Webportal vermittelt auf Wunsch stets eine face-to-face-Beratung.
- Im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie ist das nur schwer überschaubare und auf viele unterschiedliche spezifische Gruppen und Konstellationen zugeschnittene Angebot der Weiterbildungsförderung durch ein übersichtliches, transparentes und flexibleres Fördersystem ersetzt. In ihm wirken Bund, Länder und andere Förderinstitutionen in einem abgestimmten Modus zusammen. Lücken zwischen Bundes- und Landesförderungen sind geschlossen.
- Die Regelungen, die die Berliner Hochschulen bislang dazu zwangen, Weiterbildungsprogramme und -studiengänge im Wesentlichen mit nebenberuflichem Lehrpersonal zu betreiben, sind abgeschafft. Den Hochschulen ist es im Rahmen zusätzlicher entgeltfinanzierter Lehrkapazitäten nun problemlos möglich, für Weiterbildungsangebote auch zusätzliches hauptberufliches Lehrpersonal einzusetzen.

- Für alle Arten und Angebote beruflicher Weiterbildung sind transparente Systeme der Qualitätssicherung und -entwicklung eingerichtet, die auch für mehr Prozessqualität in der Weiterbildung sorgen.
- Für die Beschäftigten beruflicher Bildungsträger existiert ein flächendeckender Tarifvertrag, der die Arbeitsbedingungen bei Bildungsdienstleistungen – und damit auch die Qualität und Professionalität der angebotenen Dienstleistungen – verbessert und Prekarität bei denjenigen vermeidet, die berufliche Bildung vermitteln.